

# Unsozial und schlecht fürs Wachstum

Die Regierung erwägt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das wäre nicht nur unsozial, sondern würde auch den Aufschwung gefährden.

Die Mehrwertsteuer anheben, um Löcher im Bundeshaushalt zu schließen und möglicherweise noch Senkungen bei der Einkommensteuer oder einzelnen Sozialbeiträgen zu finanzieren? Diese Idee wird laut Medienberichten in der Bundesregierung geprüft. Doch was sich nach einer einfachen Lösung anhört, belastet Haushalte mit niedrigeren Einkommen und Familien überproportional stark. Zudem treibt eine Mehrwertsteuererhöhung die Inflation weiter an und bremst die Konsumlaune sowie die Bautätigkeit. Das zeigt eine Analyse von Sebastian Dullien und Silke Tober vom IMK.

Die Mehrwertsteuer belastet ärmere Haushalte, die einen größeren Teil ihres Einkommens ausgeben, stärker als solche mit hohem Einkommen. Familien sind stärker belastet als Paare ohne Kinder oder Alleinstehende, weil sie bei gleichem Einkommen ebenfalls mehr für ihren Konsum ausgeben. Beispielsweise würde die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt eine Familie mit zwei Kindern und einem niedrigen Bruttoeinkommen von etwa 3800 Euro im Monat um knapp elf Euro zusätzlich belasten. Das entspräche etwa 0,3 Prozent ihres Bruttoeinkommens. Bei Alleinlebenden mit sehr hohem Einkommen von mehr als 13000 Euro brutto monatlich wären es lediglich gut 0,1 Prozent.

Um dem entgegenzuwirken, wurde wiederholt vorgeschlagen, im Gegenzug den reduzierten Satz der Mehrwertsteuer zu senken. Dadurch würden beispielsweise Grundnahrungsmittel oder Tickets im Personenverkehr günstiger, für die Familien und Haushalte mit geringem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens ausgeben als Besserverdienende. Eine Erhöhung des Regelsatzes von 19 Prozent um einen Prozentpunkt bei gleichzeitiger Senkung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes um zwei Prozentpunkte würde tatsächlich dazu führen, dass die meisten Haushaltstypen am Ende per Saldo nicht oder nur geringfügig belastet würden. Allerdings wäre bei einer solchen Kombination auch der fiskalische Nutzen relativ gering: Während eine isolierte Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt dem Bund über acht Milliarden Euro Zusatzeinnahmen bringen würde, wären es bei gleichzeitiger Senkung des ermäßigten Satzes um zwei Punkte nur 4,6 Milliarden Euro.

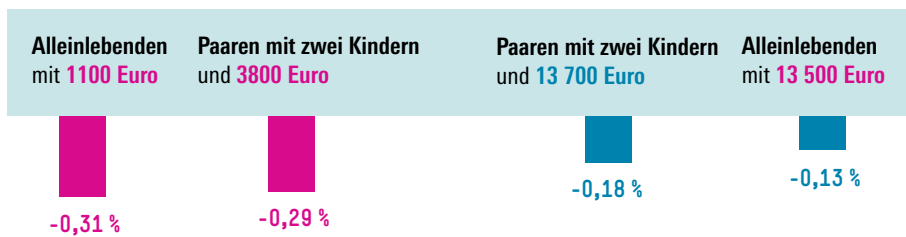
Sollen die Mehreinnahmen nennenswert sein, müsste also stärker erhöht werden. Eine von einigen Ökonomen vorgeschlagene Anhebung um drei Prozentpunkte bei gleichzeitiger Absenkung des ermäßigten Satzes um zwei Prozentpunkte würde dem Bund zwar 21 Milliarden Euro einbringen, aber wiederum alle Haushalte spürbar belasten.

Dabei würden erneut ärmere Haushalte stärker belastet als Besserverdienende und Familien stärker als Alleinstehende. Neben der sozialen Schieflage gibt es ein zweites Problem: Eine Mehrwertsteuererhöhung treibt die Inflation an. Nach den Berechnungen des IMK würde eine Kombination aus drei Prozentpunkten beim normalen und zwei Prozentpunkten beim ermäßigten Satz die Inflationsrate um fast einen Prozentpunkt steigern. Der Effekt könnte sogar noch höher ausfallen, da nicht sicher ist, ob der Handel die Senkung des ermäßigten Satzes vollständig an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben würde. Steigende Preise würden den privaten Konsum und den Wohnungsbau bremsen und damit die Konjunktur belasten. Zudem würde der Druck auf die Europäische Zentralbank steigen, die Zinsen zu erhöhen. Zinserhöhungen wiederum würden die Investitionstätigkeit dämpfen.

Von Ideen, die Wirtschaft anzukurbeln, indem Einnahmen aus einer höheren Mehrwertsteuer in eine Senkung der Einkommenssteuer oder der Sozialabgaben fließen, halten die Forschenden wenig. Der Grund: Solche Umschichtungen kommen insbesondere bei ärmeren Haushalten gar nicht an. Viele von ihnen zahlen kaum oder gar keine Ein-

## Mehrwertsteuer belastet ärmere Haushalte stärker

So verringert eine Erhöhung der Mehrwertsteuer **um einen Prozentpunkt** das Bruttoeinkommen von ...



Quelle: IMK 2026

Hans Bäckler  
Stiftung

kommenssteuer. Und würden beispielsweise die Krankenkassenbeiträge gesenkt und der Fehlbetrag durch Zahlungen des Bundes an die Versicherungen ausgeglichen, würde nur die Hälfte der Entlastung auf die Haushalte entfallen, während die andere Hälfte an die Unternehmen gehen würde.

Hinzu kommt ein psychologisches Phänomen: Frühere IMK-Untersuchungen haben gezeigt, dass Entlastungen bei der Einkommenssteuer oder bei Sozialabgaben oft nicht vollständig wahrgenommen werden, höhere Preise hingegen sehr wohl. Daher drohten negative Auswirkungen auf die Konsumstimmung, warnen die Forschenden. <

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: Mehrwertsteuererhöhung: Schlechte Politik zum falschen Zeitpunkt, IMK Kommentar Nr. 19, April 2026 [Link zur Studie](#)